

Christian Suhr, Auf der Nordheide 25, 27798 Hude

Gemeinde Hude
Herr Bürgermeister
Parkstraße 53
27798 Hude

Hude. 15. November 2021

Änderungsantrag zum Antrag der GRÜNEN „Förderung privater Klimainvestitionen in Höhe von 200.000 Euro“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

mit Vorlage des Antrages der GRÜNEN beantrage ich als Ratsmitglied für DIE LINKE die Berücksichtigung weiterer Punkte und damit eine Änderung des Antrages in einigen Bereichen.

Die ökologische Wende gelingt nicht ohne Berücksichtigung sozialer Aspekte. Auch ist es wichtig, mit knappen Mitteln und Ressourcen der öffentlichen Hand möglichst viel Reichweite zu erzielen, entsprechend ist der Mensch selbst mehr in den Blick zu nehmen als zum Beispiel die Immobilie. Auch ist von einer Prämierung abzusehen, hier würde Wettbewerb um Nachhaltigkeit eher Gegensätze (reich vs. arm) stärken als das Ziel nach vorn zu bringen.

Es braucht niedrighschwellige und möglichst bürokratiefreie Konzepte, die auch nachhaltig einen Wandel im eigenen Konsumbewußtsein schaffen und gleichzeitig den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigen, Vorbildfunktion entfalten ohne Klassendenken.

Von den immobiliennahen (verbauten) Förderungen ist abzusehen, da hier die Förderung kaum Wirkung entfalten könnte aufgrund der hohen Gesamtkosten solcher Maßnahmen, zudem andere Instrumente (wie KfW-Kredite) bestehen. Folgende Investitionsmöglichkeiten bzw. Ergänzungen bitte ich hingegen aufzunehmen:

- Vereinsförderung zur Stärkung der Energieeffizienz u.a. in den Vereinsheimen, hier haben mehrere Menschen teil und es hat so auch Vorbildfunktion.
- Förderung naturnaher Gärten, Anreize nicht nur gegen Schottergärten, sondern auch für alle anderen Garteneigentümer, auch mit Blick auf Biodiversität interessant.
- Nachhaltigkeitsförderung durch Partnerschaft mit örtlichen Unternehmen (z.B. Gutschein für energieeffiziente Geräte vom örtlichen Handel).
- Leuchtmittelaustausch gegen LEDs/Energiesparlampen und mobile Lösungen, von denen auch Mieter*innen profitieren würden, wie das im vorliegenden Antrag angesprochene Solarmodul für Balkone (Photovoltaik-Balkonanlagen).

DIE LINKE.
Christian Suhr
Auf der Nordheide 25
27798 Hude

Tel.: 04408 / 80 90 878
E-Mail: hallo@christian-suhr.eu
www.christian-suhr.eu

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Albert Einstein

Begründung

Die im Antrag der GRÜNEN geforderten 200.000 Euro sind kein sehr großes Volumen, wenn man bedenkt, daß der Austausch von zehn durchschnittlich großen Fenstern schnell bei Summen von 4.000 bis über 11.000 Euro zu Buche schlägt. Und sprechen wir von pauschal ca. 1.000 Euro Förderung pro Haushalt, erreichen wir gerade mal 200 Haushalte (ca. 7.200 Haushalte gesamt).

Eine Wallbox zum Laden von E-Autos ist auch mit höheren Kosten verbunden. Zumal man voraussetzen kann, daß jemand, der sich ein E-Auto leistet – statistisch womöglich auch als Zweitwagen (siehe BMVI-Studie Mobilität in Deutschland 2017) – finanziell erstens keine weiteren Anreize benötigt und zweitens derartig hohe Summen investiert hat, daß ein paar Euro Förderung keine weitere Lenkungswirkung entfalten würden. Und weder kann man fordern, daß dafür der Verbrenner abgeschafft werden müßte, noch kann man ausschließen, daß nicht im Nachhinein wieder ein Verbrenner erworben würde. Randnotiz: Bei nicht wenigen Plug-In-Hybriden ist das Ladekabel noch eingepackt.

Für viele Maßnahmen mit Blick auf Energieeffizienz stellt u.a. die KfW entsprechende Kredite zur Verfügung, so daß insbesondere im Bereich der Immobilien nicht noch weitere Förderungen zu sehen sind, die am Ende vor allem zur Aufwertung der Immobilie führen, die womöglich nur weiterveräußert wird, oder wo die Effizienzsanierung am Ende nur mit höheren Mietpreisen einherginge, was die Gentrifizierung, die Verdrängung der Einheimischen durch steigende Mieten (nach Sanierung etc.), nur weiter stärkt.

Es ist davon auszugehen, daß einige der im GRÜNEN-Antrag angesprochenen Maßnahmen von der Inanspruchnahme und Bewertung einer Energieberatung abhängig wären, welche schnell auf Kosten von mehreren hundert Euro käme. Eine derart ungezielte Klimaförderung, die vor allem auf Immobilien abzielt, ist am Ende nur eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Energieberatungsunternehmen, von deren Bewertung die Förderung abhängig wäre. Eine Energieberatung für ein Einfamilienhaus mit ca. 140 Quadratmeter Wohnfläche kostet ungefähr 600 Euro. Das paßt dann nicht zur Höhe der Fördersumme, wenn wir viele Haushalte und Menschen erreichen wollen.

Wir sollten so fördern, daß es nicht wie bei Hartz IV und Schufa endet, man erst alles nachweisen und offenlegen muß, um Förderung zu erhalten. Je niedrighwelliger und je weniger Bürokratie, desto besser! Zielgruppenübergreifend, nachhaltig und reichweitenstark.

Freundliche Grüße

gez. Christian Suhr
DIE LINKE